

DER SPRINGENDE PUNKT



>> FAKTEN STATT FAIKES
 KOMMUNALE WÄRMELÄSUNG
 PLANUNG MIT FOKUS
 >> KOMMT NEU
 WEIHNACHTSGRUSS
 AUS DEM RATHAUS



Liebe Leserin, lieber Leser,

bevor für uns alle eine besinnliche und harmonische Advents- und Weihnachtszeit beginnt, war und ist für mich und den Unterbezirksvorstand noch viel zu tun. So haben wir auf unserer Winterklausur eine Parteireform erarbeitet, die wir dem nächsten Jahreshauptversammlung beschluss vorschlagen werden. Der Slogan dabei lautet: Gemeinsam für eine Mitmach- und Bewegungspartei!

Wir wollen die Engagierten und Aktiven von Bürokratie entlasten und mehr Zeit und Raum für die eigentliche politische Arbeit und die Begegnung mit Bürger*innen ermöglichen. Außerdem möchten wir mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen – auch für Nicht-Mitglieder! Gleichzeitig bewegt mich, wie vermutlich viele von euch, der furchtbare Konflikt im Nahen Osten. Unsere Position ist sehr klar: Der grausame Terroranschlag vom 7. Oktober ist eine Zäsur. Die Sicherheit Israels und von Jüd*innen weltweit ist bedroht. Deutschlands Platz ist an der Seite Israels. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson, das gilt auch und ganz besonders für den Schutz aller Jüd*innen hier in Deutschland. Ebenso gilt: Wir stehen zu dem Einsatz für humanitäres Völkerrecht und zur Hilfe für palästinensische Zivilisten, denn auch das Ziel einer friedlichen Konfliktlösung, sofern es derzeit auch scheint, ist deutsche Staatsräson. Israel hat das Recht, sich zu verteidigen und Hamas mit Gewalt zu zerschlagen. Der Einsatz für humanitäres Völkerrecht, Diplomatie und eine langfristige politische Lösung ist dabei unerlässlich.

Ich wünsche euch allen, trotz der teilweise schlimmen Nachrichten, die uns alle bewegen, friedliche und ruhige Weihnachtstage und ein gutes und gesundes 2024!

Euer
Nasser

ISRAEL UND DIE PALÄSTINENSER – KEIN RAUM MEHR FÜR ZWISCHENTÖNE?

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG DES OV LICHTENHOF: EIN AUSTAUSCH OHNE DENKVERBOTE



Quelle: <https://www.canva.com>

von Claudia Kupfer-Schreiner, Julia Ringler und Andreas Schreiner

Der Nahostkonflikt schwappt nach Deutschland über

Der Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina ist nach dem bestialischen Massaker der Hamas in einer unvorstellbar grausamen Weise explodiert. Ein Ende der Gewalt ist nicht in Sicht, noch nie waren die Gräben so tief wie jetzt.

Auch bei uns zeigen sich zunehmend Antisemitismus, Rassisten und Verschwörungstheoretiker, verbreiten ihre jüdenfeindliche Hetze und sympathisieren offen mit der Hamas. So waren in unserer Stadt rechtsextremistische Schmiere-reien und Hakenkreuze auf der Zeppelintribüne zu sehen, wurde ein jüdisches Mädchen an ihrer Schule beschimpft und bedroht. Zudem fühlen sich muslimische und arabischstämmige Bürger oft nicht mehr sicher und werden gar unter Generalverdacht gestellt.

Es ist verstörend und vollkommen inakzeptabel, wenn in Berlin Menschen das Massaker

der Hamas feiern. Wir müssen uns entschlossen dagegenstellen. Die konsequente Ausschöpfung des Rechtsrahmens bei der Bekämpfung antisemitischer und rassistischer Straftaten und aktuell insbesondere das Verbot Hamas-naher Organisationen, wie es nun konsequent von der Regierung durchgesetzt wird, sind unverzichtbar und wichtige Schritte zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland.

Viele Menschen sind fassungslos, sind auf der Suche nach seriöser Information und nach Austausch. Doch es wird zunehmend schwieriger, das Thema Israel und die Palästinenserfrage offen zu diskutieren, ohne dem Vorwurf der Israel- oder sogar Judenfeindlichkeit ausgesetzt zu sein. Schnell gerät man in Verdacht, antisemitische Tendenzen zu unterstützen, wenn man sich beispielsweise kritisch zur spalterischen Politik eines Netanjahu, zu seiner aggressiven Siedlungspolitik im Westjordanland äußert oder von beiden Seiten, also auch von Israel, einen Waffenstillstand fordert. Doch natürlich ist das kein Widerspruch zu unserer entschlossenen Solidarität mit Israel und dem israelischen Volk! Sind kritische Freunde nicht die besseren Freunde als die, die eine differenzierte Einschätzung unterlassen und „still bleiben“?

So verständigten sich die Europäischen Sozialdemokrat*innen im November in Málaga¹ nach langem Ringen auf folgende Position: „...Wir fordern von der Hamas die sofortige und bedingungslose Freilassung der Geiseln. Israel hat das Recht, sich zu verteidigen, und es hat auch die Pflicht, das Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte vollständig einzuhalten und ziviles Leben zu schützen. ... Israel und Palästina haben beide das Recht, in Frieden zu leben.“ (eigene Übersetzung)

Raum für eine Diskussion ohne Denkverbote?

Die Veranstaltung des Ortsvereins Lichtenhof am 30. November sollte ein Forum sein für offenen Austausch, sollte einen geschützten Raum bieten für Fragen und Meinungen, ohne vorschnell in eine Ecke gestellt zu werden. Ziel der Veranstaltung war es dabei nicht, sich auf eine Position zu einigen. Es sollte vielmehr darum gehen, Informations-

lücken zu füllen, nachzufragen und Impulse zum Weiterdenken zu bekommen.

„Raum für mehr Zwischentöne“ lautete daher das Motto des Abends - ganz im Sinne der Resolution der SPD Bayern auf dem kleinen Landesparteitag am 4. November 2023² „Nie wieder ist jetzt!“, wo es um den Terror der Hamas und um Antisemitismus in Deutschland geht: „Als SPD setzen wir uns ein für einen demokratischen Diskurs in der Politik, fordern diesen ein und unterstützen unsere Mitglieder dabei.“

Nach hinten schauen, nach vorne denken

Wie stark das Bedürfnis nach einem solchen demokratischen Diskurs war, wurde schon darin deutlich, dass die Veranstaltung mit immerhin 30 Personen, auch aus anderen Ortsvereinen und Gästen aus dem politischen Spektrum, sehr gut besucht war.

Als Referent konnten wir **Georg Escher** gewinnen, einen renommierten und bundesweit bekannten Journalisten und Nahostexperten, lange Jahre außenpolitischer Redakteur bei den Nürnberger Nachrichten und Mitglied im Bundesvorstand der Deutschen Journalist*innen-Union bei ver.di. Er bereiste die Region mehrfach und konnte deshalb viele Erfahrungen aus erster Hand sammeln. Auch im Ruhestand ist er weiterhin gefragter Autor und Referent. Zudem engagiert er sich bei den **Relevanzreportern**, einer vielversprechenden Initiative, die einen unabhängigen und kritischen Lokaljournalismus für Nürnberg und die Region etablieren und fördern möchte.

Georg Escher ging einleitend auf die Vorgeschichte des Konflikts ein, um dann die aktuelle Situation in der Konfliktregion in den Blick zu nehmen und die von den politischen Akteuren diskutierten Ansätze vorzustellen, die zu einer friedlichen Koexistenz von Israelis und Palästinensern führen könnten.

Durchaus kontrovers, aber ohne Polemik und im gegenseitigen Respekt, wurden viele „heiße Eisen“ angefasst, prallten widersprüchliche Meinungen aufeinander. So ging es um die von der UN offiziell verurteilte Siedlungspolitik der israelischen Regierung im zerstückelten Westjordanland, dann um die zwiespältige Rolle der Vermittler und der

Anrainerstaaten wie zum Beispiel Syrien, dem Libanon, Katar oder Saudi-Arabiens, um den sog. „Sicherheitszaun“ zwischen Israel und dem Westjordanland u.v.m.

Schließlich wurde versucht, verschiedene Vorstöße zur Lösung der territorialen Probleme einzuschätzen: über Trumps absurden und zum Scheitern verurteilten „Jahrhundertdeal“ zu den Möglichkeiten und Grenzen der von der internationalen Gemeinschaft favorisierten Zweistaatenlösung. Es wurden auch Alternativen wie die Einstaatenlösung oder die Möglichkeit einer Konföderation erörtert. Weiterhin wurde die religiöse Dimension des Konfliktes am Beispiel des Tempelberges anschaulich erklärt.

Hitzig debattiert wurde über die besondere Situation Israels, eines Landes, das seit dem ersten Tag seiner Gründung im Mai 1948 in seiner Existenz bedroht ist. Darf ein Land, das sich permanent im Kriegszustand befindet, nicht auf mehr Verständnis von der internationalen Gemeinschaft hoffen, wenn es militärisch alles unternimmt, um die Hamas zu vernichten? Ohne Wenn und Aber? Oder muss Israel, gerade weil es selbst so schmerzliche Erfahrungen gemacht hat, die Menschenrechte bei allem, was es tut, umso mehr beachten? Jo Biden hat bei einer Rede in Tel Aviv an die israelische Führung in diesem Sinne appelliert: „Ich warne: Während Sie Wut fühlen, lassen Sie sich nicht von ihr verzehren.“

Wie stehen wir als Deutsche und als Sozialdemokrat*innen zu unserer historischen Ver-

antwortung, zu unserem Schutzversprechen an die Jüdinnen und Juden? Was genau hat Olaf Scholz gemeint, als er davon sprach, dass „die Sicherheit Israels Staatsräson ist“ und welche Konsequenzen ziehen wir aus dem, was der SPD-Parteivorstand am 9. Oktober 2023, unter dem Eindruck des Überfalls der Hamas, beschlossen hat³: „Wir stehen in Entschlossenheit für den Schutz aller Jüdinnen und Juden sowie für die unbedingte Freiheit jüdischen Lebens in Deutschland ein.“

Wege aus dem Hass

Zum Abschluss seines Vortrags stellte **Georg Escher** verschiedene Friedensprojekte vor, die Hoffnung machen:

- > Die **Woman Wage Peace**, die größte Frauen-Friedenbewegung in Israel, die eng mit der palästinensischen Bewegung **Women of the Sun** zusammenarbeitet.
- > **Breaking the Silence**, eine Initiative israelischer Soldat*innen, die ihre Erfahrungen in den besetzten Gebieten öffentlich machen.
- > **Kids4peace**, eine interreligiöse Jugendbewegung.
- > **Parents Circle**, ein israelisch-palästinensischer Zusammenschluss von Familien, die alle durch den Konflikt ein Familienmitglied verloren haben.
- > **Peace now**, eine Friedensinitiative in Israel, die vor allem Mahnwachen und Demonstrationen organisiert.
- > **Neve Shalom/Wahat al-Salam**, eine kleine Oase des Friedens, ein von Juden und Arabern bewohntes und bewachtes Friedensdorf in der Mitte Israels.

Doch all diese Initiativen werden nur einen kleinen Beitrag zur Lösung des Nahostkonfliktes leisten können, wenn überhaupt. Hass und Antisemitismus, auch bei uns, werden erst dann ein Ende haben, wenn eine neue Generation heranwächst, die ihn überwindet und bereit ist für Versöhnung und Frieden.

Michaela Ahmed, Vorsitzende der AfB, der Arbeitsgemeinschaft für Bildung der SPD Nürnberg, betonte in diesem Kontext die Schlüsselrolle von Schule und Erziehung. Lehrer*innen sollten den Mut haben, Stellung zu beziehen und Schüler*innen verschiedene Perspektiven anbieten. Dabei ist nicht in erster Linie Fachwissen gefragt, sondern eine pädagogische Haltung, Sensibilität – und auch Mut.

Auch von Schüler*innen kann man im Übrigen viel lernen. So hat ein Schüler aus einer Gesamtschule in Berlin (SZ vom 4.12.2023, Seite 3) die ganze Komplexität der Situation mit einer einfachen und klaren Einsicht, Mahnung und Aufforderung zugleich, auf den Punkt gebracht: „Ich bin halt verärgert, dass es Leute nicht hinkriegen, ordentlich darüber zu reden, ohne dass jemand sterben muss.“

¹ Auszüge aus: PES (Socialists & Democrats): Europe in the lead. Progressive solutions to global challenges. Resolutions adopted by the PES Congress in Málaga on 10 November 2023, S. 44.

² Der komplette Text ist nachzulesen unter <https://bayernspd.de/news/kleiner-parteitag-europa-der-bayernspd-maria-noichl-fuehrt-bayerns-sozialdemokraten-in-europawahlkampf/>

³ <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/stopp-dem-terror-der-hamas-solidaritaet-mit-israel/09/10/2023>



EIN GUTES JAHR 2024!

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Kann es nicht nur noch besser werden? Zu Sorgen über die Weltlage kamen 2023 die Folgen des russischen Angriffs auch für Deutschland (Energiepreise, Inflation). Es war ein Jahr mit vielen düsteren Nachrichten. Als Einstimmung für ein viel schöneres 2024 möchte ich mich mal mit den guten Nachrichten beschäftigen!

> Mit über 46 Millionen Erwerbstätigen hatten wir Ende 2023 so viele Beschäftigte in Deutschland wie noch nie. Ein historischer Höchststand! Und übrigens auch ein Beweis dafür, dass das Bürgergeld keineswegs zum Faulenzen einlädt. Und der deutlich höhere Mindestlohn nicht die Arbeitsplätze verschwinden lässt. Dabei hat die Zahl der „Normalarbeitsverhältnisse“ in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen, während die Zahl „atypischer Beschäftigung“ (befristet, geringfügig, Zeitarbeit) zurückgegangen ist.

> Mehr einzahlende Erwerbstätige helfen den sozialen Sicherungssystemen und deren Finanzierung. Gute Nachrichten daher auch von der **Rentenversicherung**. Diese geht davon aus, dass die Auswirkungen unserer älter werdenden Gesellschaft deutlich geringer ausfallen als erwartet. Schon jetzt profitieren wir davon, dass die Beschäftigung von Frauen und Älteren zugenommen hat. Und durch Zuwanderung haben wir mehr junge Erwerbstätige: Der Rentenbeitrag liegt schon seit sieben Jahren bei nur 18,6 Prozent. Und dabei soll es bleiben (prophezeit waren 20,6 Prozent). Zum Glück haben wir als SPD nicht auf diejenigen gehört, die die gesetzliche Rente als Auslaufmodell und vor dem Kollaps gesehen haben. Stattdessen haben wir mit der „doppelten Haltelinie“ das Rentenniveau gesichert. Und unter anderem mehr Kitas finanziert – zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

> Ohne Zweifel: Die **wirtschaftliche Entwicklung** in Deutschland ist nicht rosig. Das gilt allerdings auch für den Rest der EU und darüber hinaus. Wahrscheinlich wird unser Bruttoinlandsprodukt 2023 um 0,4 Prozent zurückgehen. Aber warum ist das eine nicht sooo schlimme Nachricht? Weil – und das haben viele schon wieder vergessen – eine **schwere** Wirtschaftskrise für Deutsch-



land vorausgesagt wurde. Weil kaum ein Land so abhängig war von russischem Gas wie wir. Weil wir – anders als die meisten anderen Staaten auf der Welt – unsere Energieversorgung komplett umbauen und teuren Ersatz heranschaffen mussten, nachdem Putin uns den Gashahn zugezogen hatte. Vor allem ist die gute Nachricht: Die Talsohle scheint durchschritten: 2024 wird in Deutschland wieder mit Wachstum gerechnet.

> Auch für die fernere wirtschaftliche Zukunft gibt es Grund zur Hoffnung. So ist die EU führend, wenn es um die Anmeldung von Patenten für neue Technologien geht, die **Wasserstoff** erzeugen. Und in keinem anderen Land der EU wurden so viele angemeldet wie in Deutschland. Wasserstoff könnte perspektivisch den globalen Energiemix dominieren, sagen Fachleute. Die Energiekrise kann insofern sogar eine Chance für etwas Neues sein.

> Bei der **Inflation** sehen wir allmählich Licht am Ende des Tunnels! Zuletzt sank sie auf 3,2 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand seit Juni 2021. Im August 2023 hatte sie noch bei über 6 Prozent gelegen und Anfang letzten Jahres sogar fast 9 Prozent erreicht.

> Auch wenn die **Demokratie** global unter Druck steht, gibt es positive Meldungen: In Polen haben die Wähler:innen letztes Jahr das Abrutschen in ein autoritäres System gestoppt! Genauso wie schon 2022 in Brasilien, wo mit Jair Bolsonaro eine Donald-Trump-Kopie abgewählt wurde. Jetzt hoffen wir natürlich, dass 2024 auch Trump selbst keine zweite Chance bekommt, an der Demokratie der USA zu sägen.

> Zwar gibt es in Sachen **Gleichstellung** noch viel zu tun. Aber eine gute Nachricht ist: Beim weltweiten Index zur Geschlechtergleichstellung hat sich Deutschland 2023 gleich um vier Plätze auf Platz 6 verbessert. Auch, weil das Parlament weiblicher geworden ist. Weltweit sind Frauen zwar noch immer massiv unterrepräsentiert, aber immer mehr entscheiden mit. So muss es weitergehen. Demokratie bedeutet ja nicht, dass nur die männliche Hälfte der Bevölkerung was zu sagen hat!

> Apropos gleiche Rechte: Mauritius wurde vor kurzem das nächste Land, das niemanden mehr wegen der **sexuellen Orientierung** verfolgt. In 63 Ländern der Welt ist Homosexualität noch strafbar. 2006 war das aber in 92 Ländern der Fall. Auch Rückschritte in manchen Ländern wie Uganda oder Russland bedeuten nicht, dass es anderswo keinen Fortschritt geben würde. In Estland werden – als erstem Staat der früheren Sowjetunion – ab 2024 Ehen auch für gleichgeschlechtliche Paare erlaubt. Herzlichen Glückwunsch!

> Auch in Deutschland ändert sich 2024 vieles zum Besseren. Gute Nachrichten gibt es für **pfliegende Angehörige**: Ab Januar 2024 werden Pflegegeld und Pflegesachleistungen um fünf Prozent erhöht. Zudem tritt eine weitere Entlastungsstufe beim Eigenanteil für **Heimbewohnende** in Kraft. Im Juli folgt eine deutliche finanzielle Verbesserung für rund drei Millionen (Bestands-) **Rentner*innen** in der Erwerbsminderungsrente. Wegen der neuen Mindestvergütung dürfen bei **Azubis** im ersten Lehrjahr 649 Euro im Monat an Ausbildungsvergütung künftig nicht mehr unterschritten werden. Zudem: Der steuerliche Grundfreibetrag, der Mindestlohn und das Bürgergeld steigen im neuen Jahr.

> In diesem Jahr wird die Einbürgerung leichter und weitere Stufen des **Fachkräfteeinwanderungsgesetzes** treten in Kraft. Das ist eine schlechte Nachricht für die CSU, die ja Migration nicht so toll findet. Aber eine gute Nachricht für die Wirtschaft und für alle, die händeringend nach einem Termin beim Handwerker oder der Ärztin suchen. Die gesetzliche Rentenversicherung freut es ebenfalls!

Ja, wir alle werden auch in diesem Jahr etliche Herausforderungen meistern müssen. Aber genau das ist unsere Stärke in der SPD: Wir verlieren nicht den Blick auf die vielen guten Entwicklungen. Sie machen die schlechten nicht weniger schlecht. Aber sie geben die Richtung vor, in die es gehen muss!

Ich wünsche uns allen ein schönes neues Jahr!

HUMANITÄT UND ORDNUNG IN DER ASYLPOLITIK

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Die parlamentarische Arbeit im Bayerischen Landtag ist wieder in vollem Gange. Besonders beschäftigt hat mich ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und Freie Wähler mit der Überschrift „Migrationskrise endlich lösen!“. Darin fordern beide Fraktionen die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für die Begrenzung der Zuwanderung einzusetzen. Mit Ausweitung der Zurückweisungsmöglichkeiten an den deutschen Grenzen, Rückführungsabkommen und der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten, der Durchführung von Asylverfahren an der EU-Außengrenze sowie der Änderung des Asylbewerberleistungsrechts zur Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

In meiner Antwort auf den Dringlichkeitsantrag der Regierungsfaktionen habe ich die Ergebnisse der Konferenz des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsident*innen vom 06. November erläutert, bei der wegweisende Beschlüsse zum Thema Migration auf den Weg gebracht wurden. Dabei habe ich darauf hingewiesen, dass auch der Bayerische Ministerpräsident diesen Beschlüssen zugestimmt hat, um sie anschließend vor der Presse direkt zu kritisieren. Aber wir kennen ja die Flexibilität von Markus Söder.

In dieser Konferenz wurde unter anderem beschlossen, dass der Bund ab 2024 pro Asylsteller*in eine jährliche Pauschale in Höhe von 7.500 Euro zahlen wird. Insgesamt wird der Bund die Länder und Kommunen im Jahr 2024 mit rund 3,5 Milliarden Euro entlasten. Außerdem unterstützt der Bund die Kommunen bei der Unterbringung von Geflüchte-

ten durch eine fortgesetzte mietfreie Überlassung von Bundesliegenschaften. Zur Beschleunigung des Wohnungsbaus in angespannten Wohnungsmärkten wird eine Sonderregelung geschaffen, wonach bei dringend benötigten Flüchtlingsunterkünften vom geltenden Bauplanungsrecht abgewichen werden kann. Darüber hinaus werden Personen ohne Bleiberecht schneller in ihre Heimatländer zurückgeführt. Dazu hat das Bundeskabinett Ende Oktober 2023 einen Gesetzentwurf beschlossen, in dem Ausweisungen von Schleusern und anderen Personen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität erleichtert werden. Dazu treibt Bundeskanzler Olaf Scholz Gespräche mit den sicheren Herkunftsstaaten intensiv voran, indem er verschiedene afrikanische Staaten besucht, um Rückführungen von Personen ohne Bleiberecht schneller durchführen zu können. Des Weiteren werden Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, deutlich beschleunigt. Hier ist das Ziel, das Asyl- und ein anschließendes Gerichtsverfahren jeweils binnen drei Monaten abzuschließen. Auch die Digitalisierung der Ausländerbehörden wird weiter ausgebaut, um Asylverfahren zu beschleunigen, sodass der Anhörungstermin im Asylverfahren spätestens vier Wochen nach Asylantragstellung erfolgen wird. Hinzu kommt die Einführung einer bundeseinheitlichen Bezahlkarte, die Geldleistungen ersetzen soll. Diese Umstellung konnten die Bundesländer übrigens auch bisher schon vornehmen. Das Bayerische Kabinett hat dies bereits im Juni 2018 beschlossen, aber nicht umgesetzt: Im Kabinettsbericht vom 05. Juni 2018 hieß es: „Um falsche Anreize zu beseitigen, wird es in Bayern kein ‚Asylgehalt‘, sondern möglichst nur noch Sachleistungen geben.“ Übrigens ist Bayern nicht das

erste Bundesland, das dieses Modell einführt: Im SPD-regierten Hamburg wurde die Ausschreibung zur Bezahlkarte schon mehrere Monate vor dem Bund-Länder-Beschluss gestartet und ist bereits abgeschlossen. Auch wenn ich kein Freund von Sachleistungen und der Bezahlkarte bin.

Neben all dem habe ich deutlich gemacht, dass der Freistaat Bayern seiner Pflicht nachkommen muss, seine Integrationsangebote auszubauen und zu verstärken. Dazu brauchen wir ausreichende und gut ausgebildete Lehrkräfte. Denn ohne Lehrer*innen gibt es keine Deutschkurse, ohne Deutschkurs werden keine Sprachkenntnisse vermittelt und ohne Sprachkenntnisse gelingt Integration nicht. Das gilt vor allem für die Kindertagesstätten und Schulen. Daher sollte die Bayerische Staatsregierung zunächst ihre Hausaufgaben erledigen, anstatt immer wieder mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

In meiner Rede habe ich unseren Beschäftigten im öffentlichen Dienst, den Kommunalpolitiker*innen, allen Integrationshelfer*innen und Ehrenamtlichen vor Ort für ihre unermüdete Arbeit gedankt und ihnen meinen Respekt gezollt. Dieser Zusammenhalt gibt mir in schwierigen Zeiten Mut.

Freundschaft
Arif

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911-438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



KOMMENTAR ZUM ZIELBILD 2026

von LEON HELMREICH

Um 2026 einen schlagkräftigen und erfolgreichen Kommunalwahlkampf durchzuführen, ist eine strukturelle Neuaufstellung der SPD Nürnberg unbedingt erforderlich. Das durch den Parteivorstand formulierte Zielbild 2026 ist hierfür ein erster wichtiger und richtiger Aufschlag. Dennoch blieben einige Aspekte unberücksichtigt. Die gesamte Partei muss sich jetzt an einem Neuaufstellungsprozess aktiv beteiligen und auch auf strukturelle Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können.

1. Eine Reform der Ortsvereinsstrukturen in Nürnberg ist unerlässlich. Zu viele Ortsvereine sind nicht mehr aktiv und es findet sich immer öfter nicht ausreichend Personal für eine effektive Ortsvereinsarbeit. Die regionale Vernetzung der SPD-Nürnberg darf aber nicht nur als bürokratische Schwäche verstanden werden. Denn nichtsdestotrotz beweise auch zahlreiche Ortsvereine, dass dezentrale Parteiarbeit vor Ort in den Stadtteilen sehr gut funktionieren kann. Hier treffen sich Mitglieder, die im Stadtteil aktiv sind, und es können regionale Probleme, Projekte und Visionen besprochen werden. Diese regionale Vernetzung ist eine Stärke der SPD-Nürnberg, die keine andere Nürnberger Partei aufbieten werden darf. Stadtteilteams können ein Mittelweg zwischen regionaler Vernetzung und schlanker Bürokratie sein, schaffen aber auch deutlich weniger Verbindlichkeit. Deswegen sollte in der diversen Ortsvereinsstruktur der SPD Nürnberg auch an individuellen Lösungen vor Ort gearbeitet werden, bevor leichtfertig dem Bürokratieabbau der Vorrang vor der Regionalität und damit auch der Präsenz im vorpolitischen Raum gegeben wird.

2. Die SPD Nürnberg muss inhaltlich schlagfertiger werden. Regionales Engagement ist nutzlos, wenn beschlossene kommunalpolitische Anträge nicht konsequent umgesetzt werden. In den vergangenen Jahren hat sich aufgrund der zu großen Teilen langsamen und intransparenten Umsetzung von parteieigenen Anträgen ein Gefühl der politischen Trägheit eingestellt. Diesem Trend muss entschieden entgegengearbeitet werden. Hierfür braucht es eine parteiinterne Antragsverfolgung. Weiterhin muss die SPD-Nürnberg auch ihre Stadtratsfraktion mehr in die Pflicht nehmen. Fragen aus der Partei müssen zügig und aufschlussreich beantwortet und politische Initiativen der Partei ernsthaft in die Fraktionsarbeit mit eingebunden werden. Ein kurzer Dienstweg zwischen Partei und Stadtratsfraktion würde die politische Schlagzahl deutlich steigern und die Arbeit engagierter Parteimitglieder mehr würdigen.

3. Neue Strukturen müssen den Anforderungen moderner Ehrenamtsarbeit gerecht werden. Die Ehrenamtsforschung stellt seit Jahren einen klaren Trend weg von langfristigen Bindungen hin zur Projektarbeit fest. Offene Themenforen und stadtweite Teams, die kein klares Ziel haben, berücksichtigen diese Entwicklung nicht. Themenforen und sonstige Teams müssen also von Beginn an auf konkrete Ziele oder Projekte hinarbeiten. Anstatt der Installation von offenen Themenforen sollten folglich Arbeitsgruppen gegründet werden, die sich zum Beispiel mit der Formulierung eines Kapitels des Kommunalwahlprogramms befassen. Stadtweite Teams sollten wiederum nur für die Organisation eines konkreten Projekts, wie zum Beispiel dem Kommunalwahlkampf, mobilisiert werden.

4. Die SPD Nürnberg muss nicht immer von Neuem raus zu den Menschen gehen, denn oftmals ist sie schon da. Viele Genoss*innen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Bürgerinitiativen und anderen Vereinigungen. Dieses außerparteiliche Engagement muss eine größere Berücksichtigung in der Parteiarbeit finden. In einem parteiinternen Netzwerk könnten zum Beispiel die Ämter, Aktivitäten und Kontakte unserer Mitglieder festgehalten werden. Für den Fall relevanter kommunalpolitischer Veränderungen stehen so immer die richtigen Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Des Weiteren sollten unsere ehrenamtlich aktiven Mitglieder ihr Engagement in der SPD und ihre Kontakte in die Partei und zu den politischen Verantwortungsträger*innen für ihr Ehrenamt nutzen können. Gerade hier wird ein kurzer Draht in die Fraktion benötigt. Auch so wird die SPD Nürnberg mehrmals Kümmerer wahrgenommen.

5. Die SPD Nürnberg muss schon jetzt ein starkes diverses Team für die Kommunalwahl 2026 aufstellen. Die Analyse des Parteivorstands stellt richtigerweise fest, dass die Zeiten der klassischen Volksparteien mit fester Milieubindung und großer Stammwähler*innenschaft vorbei sind. Wahlentscheidungen der Bürger*innen werden immer mehr an Persönlichkeiten der Kandidat*innen geknüpft. Hieraus kann die Partei Stärke ziehen. Das System zur Wahl des Stadtrats schreibt jede Stimme, die ein einzelne*r Kandidat*in erhält, auch der Gesamtstimmenzahl der Partei zu und stärkt ihre prozentuale Vertretung im Stadtrat. Nur mit einem großen diversen Team an bekannten Persönlichkeiten, die in der Stadtgesellschaft aktiv und vernetzt sind, kann also gegen den Trend der Abwanderung von klassischen Parteiwähler*innen gearbeitet werden.

TRAUTES HEIM...

Gabriele Penzkofer-Röhl sprach mit den Mitgliedern des Stadtseniorenrats Erika Faul, stv. Sprecherin des AK Wohnen und stv. Vorsitzende der AG 60plus, Norbert Schammann, Sprecher des AK Wohnen und Martin Wiedenbauer, Mitglied des AK Wohnen
Kontakt: Stadtseniorenrat: 0911 2316502

Gabi Penzkofer-Röhl:

Wohnen im Alter war und ist für die AG 60plus schon immer ein wichtiges sozialpolitisches Thema, insbesondere, das selbstständige Wohnen im eigenen Zuhause zu erhalten. So wurde bereits 2014 auf Antrag der SPD Stadtratsfraktion beim Pflegestützpunkt das breit aufgestellte Kooperationsnetzwerk „Wohnraumberatung“ angesiedelt, an dem auch der Stadtseniorenrat beteiligt ist. Erika, Du warst von Anfang an dabei, worum geht es dabei?

Erika Faul:

Viele Menschen möchten möglichst lange im gewohnten Umfeld wohnen bleiben. Wenn aber Barrieren dieses Wohnumfeld behindern, ist es in vielen Fällen nötig, diese Barrieren zu beseitigen. Das geht meistens nicht ohne fachliche und finanzielle Hilfe. Wenn dann noch ein Notfall dazu kommt, ist eine sachliche Planung über Veränderungen, sehr schwer. Unter dem Titel Daheim wohnen bleiben – Wohnraumberatung beraten ehrenamtliche Wohnraumberater*innen zu unterstützenden Möglichkeiten und Hilfsmitteln im Haushalt, möglichen Umbaumaßnahmen und deren Finanzierungsmöglichkeiten, u.a. durch das von der SPD wieder angestoßene Bundesprogramm „Altersgerecht umbauen“, das z.B. den Ein- und Umbau von bodengleichen Duschen oder die Verbreiterung von Türen für rollstuhlgerechten Wohnraum ermöglicht.

Kontakt:

Pflegestützpunkt Nürnberg 0911 231 87 878

Gabi Penzkofer-Röhl:

In der letzten Zeit hört man immer wieder von der Möglichkeit eines Immobilien-Teilverkaufs. Ist das ein sinnvolles Produkt oder stecken da Immobilienhaie dahinter, die einen über den Tisch ziehen und man steht am Ende mit leeren Händen da? Herr Schammann, worauf muss man bei einem Teilverkauf achten?

Norbert Schammann:

Der Teilverkauf einer Immobilie wird in letzter Zeit in der Werbung gerade älteren Menschen

als eine Möglichkeit angepriesen, aus der eigenen Immobilie problemlos Geld zu erhalten, z.B. zur Aufbesserung der Rente, für notwendige Renovierungen oder einfach nur für schöne Reisen. Das Verlockende dabei, Verkäufer können weiter in der Immobilie wohnen. Das klingt zunächst sehr interessant.

Der Käufer, meist ein Immobilienunternehmen, erwirbt bis zu 50% der Immobilie und wird so Miteigentümer mit Eintrag im Grundbuch. Der Verkäufer erhält den Kaufpreis ausgezahlt, muss aber an den Käufer ein jährliches Nutzungsentgelt von z.B. 6% des Kaufpreises zahlen. Daneben trägt der Verkäufer, wenn im Vertrag nichts anderes vereinbart, alle weiteren Unterhaltskosten, Reparaturen, Renovierungen und oft auch die Kosten des Verkaufs.

Wird die Immobilie verkauft, erhält der Teilkäufer seinen Anteil, zusätzlich noch ein „Durchführungsentgelt“ von ca. 4 – 5 % vom gesamten Verkaufspreis.

Der Käufer kann meist eine hohe Rendite erzielen. Ob sich der Teilverkauf für den Verkäufer lohnt, muss jeder selbst entscheiden. Daher sollte man sich sehr gut von unabhängigen Fachleuten beraten lassen.

Der Arbeitskreis Wohnen vom Stadtseniorenrat Nürnberg hat dazu eine kleine Broschüre erstellt, die ausführliche Informationen enthält.

Gabi Penzkofer-Röhl:

Mittlerweile suchen immer mehr ältere Menschen nach einer Wohnform, die ihnen Selbstständigkeit in den „eigenen vier Wänden“ und gleichzeitig bei Bedarf auch ausreichend Unterstützung bietet und ermöglicht. Das sogenannte Betreute Wohnen oder das

Servicewohnen könnte da eine Alternative zu der bisherigen Wohnung sein. Wie ist es darum bestellt, Herr Wiedenbauer?

Martin Wiedenbauer:

Auf der Suche nach einer passenden Wohnform für das Alter beschäftigen sich viele Menschen mit den Angeboten der Wohnanlagen des Betreuten Wohnens oder auch Servicewohnens.

Der Begriff des „Betreuten Wohnens“ ist nicht rechtlich festgelegt. Es besteht hier weitgehende Vertragsfreiheit, jeder Anbieter kann sein Angebot nach den eigenen Vorstellungen gestalten. Neben den Sozialverbänden sind auch viele gewinnorientierte Unternehmen auf diesem Markt tätig.

Für die Interessenten ist es sehr schwierig, sich Informationen über den Umfang, die Kosten und die Qualität zu beschaffen und die verschiedenen Angebote zu vergleichen.

Im Gespräch mit dem damaligen Nürnberger Sozialreferenten Pröhl entstand die Idee, für die Nürnberger Anbieter eine eigene Plattform zu schaffen, in der die wichtigsten Informationen in standardisierter, also einheitlicher Form für alle Interessenten leicht vergleichbar dargestellt werden können. So entstand in Kooperation mit dem Seniorenamt und dem Pflegestützpunkt Nürnberg ein Fragebogen, den inzwischen mehr als die Hälfte der über 40 Wohnanlagen bereit gestellt haben. Im Pflegestützpunkt werden diese Informationen bei Beratungsgesprächen verwendet und auf der Homepage des Stadtseniorenrates sind die Antworten einsehbar.

Dieses Verfahren könnte sicher auch in anderen Kommunen zu mehr Transparenz beim Betreuten Wohnen beitragen.





Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



DIALOGPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / JANUAR 2024

KOMMT NEU